

Die Rote Fahne

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Redakt.: Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Tel.: E 1 Verolina 5481, Tel.-Adr.: Rottfahne Berlin. Verl.: Verein. Zeitungsverlage GmbH, Berlin C 25, Al. Alexanderstr. 28, Postfach: Berlin NW 27 970.

Erscheint täglich außer Montags

Anzeigenverwaltung: „Das Inzerat“, Allgemeine Inzeraten-Expedition G. m. b. H., Berlin W 9, Schellingstraße 1, Telefon: B 1 Kurfürst 1825/26. Schluß der Anzeigenannahme 16 Uhr.

Bezugspreis voranzahlb. pro Woche 60 Pf., monatl. 2.60 M., einjährl. 27.60 M. in Berlin u. Orten m. eia. Zustellg. Postbezugs auschl. Postgeb. 2.60 M.; Streifenband im Ausland 4.20 M.; u. d. Ausland 4.50 M.

Begründet von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg

Anzeigenpreis: Die 12sp. Anzeilenzeile 35 Pf.; die 6sp. 20 Pf.; die 4sp. 15 Pf.; die 3sp. 10 Pf.; die 2sp. 5 Pf.; die 1sp. 3 Pf.; die 1/2sp. 2 Pf.; die 1/3sp. 1 Pf. (kleinstmögliche Schriftgröße). Die 12sp. Anzeilenzeile 35 Pf.; die 6sp. 20 Pf.; die 4sp. 15 Pf.; die 3sp. 10 Pf.; die 2sp. 5 Pf.; die 1sp. 3 Pf.; die 1/2sp. 2 Pf.; die 1/3sp. 1 Pf. (kleinstmögliche Schriftgröße).

Demonstration vor der Berliner japanischen Botschaft / Siehe im Blatt

Grzesinski verbietet Antikriegs-Mufmarsch

Luftgardendemonstration am Montag verboten — Die SPD.-Führer als Helfer der imperialistischen Kriegstreiber

Die Taten der II. Internationale

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski hat — gemäß seiner Verordnung des Innenministers Severing — die kommunistische Kundgebung gegen den drohenden imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion, am kommenden Montag im Lustgarten, verboten.

Es soll den Berliner Arbeitern und Werktätigen bei der gegenwärtigen höchsten Kriegsgefahr nicht gestattet sein, in einer Kneipenkundgebung ihre Stimme gegen die verbrecherischen Pläne der Kriegstreiber zu erheben und ihren Kampfwillen zu demonstrieren.

Das Verbot erfolgt einen Tag nach der Beschlagnahme des kommunistischen „Thüringer Volksblattes“, das Enthüllungen über Kriegsproduktion für Japan gebracht hatte, durch die Polizei des Sozialdemokraten Severing.

Severing und Grzesinski sind die Männer der II. Internationale. Ihre Taten — Taten zugunsten der Imperialisten — richten sich gegen den Kampfwillen der Arbeitermassen, der allein das neue Kriegsverbrechen verhindern kann. Wir wenden uns an die sozialdemokratischen Arbeiter, die nach den heuchlerischen Erklärungen der II. Internationale über ihren Kampf gegen die Kriegsgefahr glauben:

Hier habt ihr die Taten des Panzerkreuzer-Sozialismus! Hier habt ihr die sozialdemokratische Politik als Zutreiber der Imperialisten! Hier habt ihr die Severing-Grzesinski, die die kriegsgegnertliche Arbeiterchaft so jesseln und knebeln, wie ein Hitler oder Goebbels!

Worte der II. Internationale

In Zürich hat die Exekutive der 2. Internationale eine Entschliessung zur Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion gefasst, die wir auf der 3. Seite im Einzelnen behandeln. Die 2. Internationale kann bei der gegenwärtigen offenen Zustimmung, nach der Ermordung Doumers und Tukaiss, nicht mehr die akute Kriegsgefahr leugnen. Sie versucht jetzt, ähnlich wie schon auf früheren Tagungen, hinter der scheinbaren Kampferklärung gegen den imperialistischen Krieg und für die Verteidigung der Sowjetunion zu verstellen, daß sie in der Praxis ein Werkzeug der Kriegspolitik der imperialistischen Völkverbündnisse ist.

Nach einem Appell an die Imperialisten, sie möchten gegen das imperialistische Japan vorgehen, vertritt die Entschliessung der 2. Internationale:

„Wenn Japan trotz alledem seine Angriffsvorbereitungen und Drohungen nicht einstellen sollte, so wird (!) die Sozialistische Arbeiterinternationale an den Internationalen Gewerkschaftsbund appellieren, um gemeinsam mit allen Mitteln sich der Herstellung und Verschiffung von Munition, Kriegsmaterial und Waren nach Japan zu widersetzen und alle Schiffe, die aus Japan eintrifften oder dorthin fahren, zu boykottieren.“

Hinter den scheinradikalen Versprechungen der 2. Internationale steht die Tatsache, daß sie in der gegenwärtigen Situation der Kriegsvorbereitung die Arbeiterchaft zu keinerlei Taten auffordert und sie betrügerisch auf ein zukünftiges Handeln der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale vertrösteht. Auch im Jahre 1912 nahm bekanntlich der Baier Kongreß der 2. Internationale ein scharfes Manifest gegen den Krieg an, aber es folgte darauf die Praxis vom August 1914.

Niederträchtige Hehe des „Vorwärts“ gegen die Sowjetunion

Es ist noch nicht allzu lange her — und wie werden es der „Vorwärts“-Redaktion noch um die Ohren schlagen —, daß der „Vorwärts“ mit dreifacher Stimm die Kriegsgefahr gegen das ewige Land des Sozialismus leugnete. Der „Vorwärts“ begleitet jetzt die Entschliessung der II. Internationale mit einem Leitartikel, der eine einzige Beschimpfung der Sowjetunion ist und im provokativen Stil der kriegstreibenden Imperialisten die Sowjetregierung und die Kommunistische Internationale gleichstellt.

Um keine Vertuschung der Kriegsgefahr in den vergangenen Monaten vor den darüber erbitterten SPD.-Arbeiter zu verhehlen, bezeichnet der „Vorwärts“ die früheren Warmie-

rungen als „taktische Manöver der Sowjetregierung“. Die Kriegsgefahr ist also, ganz plötzlich, aus dem heiteren und ungetrübbten blauen Himmel gekommen! So etwas kann nur der „Vorwärts“ lügen, der vom „roten Imperialismus“ schrieb, der bisher alles tat, die Kriegsvorbereitung zu decken und es auch künftig gemeinsam mit Severing-Grzesinski tun wird.

Der „Vorwärts“ beschwert sich, daß die deutsche Regierung „seit Kapallo die Russenfreundschaft oft bis zur Selbsterkeugnung getrieben“ (!). Er spricht von „russischen Machthabern“. Dabei verzichtet er sich im Augenblick, wo die Kapitalisten im Antisowjetkrieg einen Ausweg aus ihrer Krise suchen, zu folgenden betrügerischen Behauptungen:

Die Kapitalisten seien eigentlich keine Feinde der Sowjetunion mehr, weil sie Geschäfte mit ihr machen. Die Herzen der Arbeiter schlugen nicht für die Sowjetunion, mit Ausnahme einer kommunistischen Minderheit, weil sie sich „dauernd von Moskau ungerecht behandelt und schwer geschädigt“ fühlen. Moskau müsse deshalb seine „bisherige Außenpolitik einer gründlichen Revision unterziehen.“

Das ist die Sprache von Kriegsprovokatoren! Heute ist auch der größte Teil der sozialdemokratischen Arbeiter gegen die Imperialisten, für die Verteidigung der Sowjetunion. Wo die Arbeiter noch nicht entschlossen für das ewige Land der

proletarischen Diktatur und des Sozialismus eintreten, ist dies lediglich auf die ständige verlogene Hehe gegen die Sowjetunion zurückzuführen — die Hehe, an deren Spitze der „Vorwärts“ steht.

Gegen die Kriegsgefahr handeln! — das Gebot der Stunde

Der „Vorwärts“ begleitet die heuchlerische Erklärung der 2. Internationale mit antibolschewistischen Lügen, die Severing und Grzesinski mit dem Verbot von Antikriegskundgebungen. Die Arbeiter wollen aber den wirklichen Kampf gegen die imperialistischen Kriegsverbrecher, für die Verteidigung der Sowjetunion, auch die sozialdemokratischen Arbeiter.

Die Arbeiterchaft kann nicht warten, bis am Sankt-Nimmerleinstag die Severing und Grzesinski ihre Finger gegen die Kriegstreiber rühren. Sie rühren sie heute gegen die proletarischen Kriegsgegner.

Es kommt jetzt darauf an, daß die sozialdemokratischen, kommunistischen und parteilosen Arbeiter sofort in den Betrieben alles daransetzen, sich „der Herstellung und Verschiffung von Munition und Kriegsmaterial nach Japan zu widersetzen“. Bei der Kriegsvorbereitung muß das Proletariat zum Gegenstand ansholen, wenn es den Krieg durch seine Millionenkraft verhindern will! Das ist das Entscheidende.

Sozialdemokratische, gewerkschaftlich organisierte und unorganisierte Arbeiter! Verteidigt das ewige Land des Sozialismus! Faßt die Schlüssel gegen die Kriegsgefahr! Verhindert die Produktion und den Transport von Kriegsmaterial!

Polizeisalven gegen Hungernde:

1 Toter, 50 Verletzte in Waltershausen

Belagerungszustand und zahlreiche Verhaftungen — Geschlossener Proteststreik in roter Einheitsfront — Arbeiterchaft fordert Zurückziehung der Polizei

Gotha, 21. Mai. (Eig. Bericht.) Bei den gestrigen Hungerunruhen in Waltershausen ging die Polizei mit Gewehr und Gummiknüppel gegen die demonstrierenden Wohlfahrtsempfänger vor. Ein Arbeiter wurde getötet, sieben schwer und über 50 leicht verletzt. Der Erschlagene ist ein parteiloser 30-jähriger Arbeiter Oskar Kaufmann, Vater von zwei Kindern im Alter von 7 Jahren und 6 Wochen. In Waltershausen herrscht Belagerungszustand, sämtliche Versammlungen sind verboten. Die Arbeiter der Thüringer Schlaufabrik, des einzigen Betriebes am Orte, der noch arbeitet, und die städtischen Arbeiter traten aus Solidarität gegen das Vorgehen der Behörden und aus Solidarität mit ihren erwerbslosen Kollegen in den Streik. Sie fordern die sofortige Zurückziehung der Polizei und die volle Auszahlung der Wohlfahrtsunterstützung, ohne den vom Landrat verordneten 10prozentigen Abzug.

Die Hungerdemonstration der Wohlfahrtsempfänger hat folgende Vorgeschichte: Waltershausen zählt etwa 10 000 Einwohner, 80 Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung ist arbeitslos. In der vergangenen Woche sollte in Waltershausen als einem der ersten Orte in Thüringen der 10prozentige Abzug von der Wohlfahrtsunterstützung vorgenommen werden. Daraufhin bildete sich ein Einheitskomitee unter Führung von Kommunisten, dem auch Sozialdemokraten und Nationalsozialisten angehören. Die Massenmobilisierung durch dieses Komitee verhinderte zunächst den 10prozentigen Unterstützungsabbau. Am Donnerstag dieser Woche sollte zum ersten

Mal die gefürzte Unterstützung ausgezahlt werden. Die Wohlfahrtsempfänger verweigerten die Annahme der Bettelpennige, mit denen sie weder leben noch sterben können. Am Freitag folgte die Erregung der ausgehungerten Erwerbslosen und kam in spontanen Massenkundgebungen zum Ausdruck. Auch heute kam es wieder zu Kundgebungen der Erwerbslosen und neuen Zusammenstößen mit der Schupo. Die Hungernden forderten Brot und man gab ihnen blaue Föhnen!

Preußenregierung zurückgetreten

SPD. macht Bahn frei für Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nazis

Die preussische SPD.-Regierung hat nunmehr, nachdem der bisherige Landtag endgültig aufgelöst ist, ihren Rücktritt erklärt.

Dieser Rücktritt hat nur formale Bedeutung, da die preussische SPD.-Regierung nach wie vor die Geschäfte weiterführt. Die gesamte bürgerliche Presse zerdrückt sich den Kopf, was nun werden soll. In dem Artikel des Genossen Koenen werden die Hintergründe dieses Regierungswechsels klar aufgezeigt.

Der Rücktritt des Braun-Kabinetts bestätigt noch einmal, daß die SPD. alles tut, um den Weg für Koalitionsverhandlungen zwischen Zentrum und Nazis freizumachen und auf diese Weise die Hakenkreuzler an die Ministerstühle „heranzulassen“.